

Antrag 26/I/2019**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Thesen zur Ausrichtung der SPD****1 Vorbemerkung**

2 Mit dem historisch schlechten Bundestagswahlergebnis
3 der SPD vom 24.09.2017 wurde überdeutlich, dass es einer
4 grundlegenden Neuausrichtung der Partei auf allen Ebe-
5 nen bedarf.

6

7 Wir sind überzeugt davon, dass die massiv erstarkende
8 Neue Rechte mit ihrem parteipolitischen Arm, der AfD, ei-
9 ne ernsthafte Bedrohung für unsere liberale Demokratie
10 und unsere Republik darstellt. Deshalb haben wir, der Ar-
11 beitskreis Rechtsextremismus uns über Monate mit der
12 Frage befasst, welchen Beitrag die SPD leisten kann, um
13 diese Gefahr zu bannen.

14

1. Wir sind keine Staatspartei

16 Die SPD ist keine Staatspartei. Nur eine eigenständige SPD
17 kann glaubwürdige Reformangebote machen. Um glaub-
18 würdig und kritikfähig zu sein, müssen wir Unabhängig-
19 keit zurückerlangen. Das bedeutet, dass wir auch im kor-
20 poratistischen Staat eine gesunde Distanz insbesondere
21 zu Industrie und zum Staat an sich halten müssen. Derzeit
22 ist die SPD eine krampfhaftige Stütze der Regierung. Ihr haf-
23 tet der Ruch der Abhängigkeit von öffentlichen Mandaten
24 und Ämtern an. Regierungsbeteiligung scheint angesichts
25 einer Politik der kleinsten Schritte zum Selbstzweck ver-
26 kommen. Eine solche Politik kann aber nicht die Antwort
27 auf fundamentale soziale, ökonomische und ökologische
28 Herausforderungen sein. Angesichts dieser Herausforde-
29 rungen sind kleinste Schritte schlicht zu klein.

30

2. „Gutes Regieren“ als Konzept reicht allein nicht aus

32 „Gutes Regieren“ als Konzept reicht allein nicht aus. Es
33 wird aber seit Jahren dazu genutzt, das Fehlen einer so-
34 zialdemokratischen Strategie – die Grundlage sowohl für
35 erfolgreiche Oppositions- als auch Regierungspolitik sein
36 könnte – notdürftig zu verstecken. Die SPD folgt heu-
37 te weitestgehend einer Verwaltungslogik. Damit schadet
38 sie nicht nur sich selbst, sondern letztlich unserer Gesell-
39 schaft und unserer Demokratie.

40

**3. Eine Strategie muss erarbeitet werden und setzt politi-
sche Ziele voraus**

43 Die Politik der kleinen Schritte führt zu einem großen
44 Missverständnis. Selbst unsere Erfolge werden in der Be-
45 völkerung, aufgrund einer fehlenden Erzählung, nicht als
46 solche wahrgenommen. Folglich verlieren wir die Leute an
47 der Wahlurne. Die Sozialdemokratie muss große Fragen
48 stellen und gesellschaftliche Ziele formulieren. Diese Zie-
49 le und eine Strategie müssen erarbeitet werden. Im der-

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: Kommission Politische Handlungsfelder
(Kein Konsens)**

50 zeitigen Erneuerungsprozess ist nicht erkennbar, dass ge-
51 zielt an einer sozialdemokratischen Strategie gearbeitet
52 würde. Eine Strategie ist kein Nebenprodukt von parteiöf-
53 fentlich geführten Programmdebatten(-camps). Die Pro-
54 grammatik der SPD muss von einer Strategie abgeleitet
55 werden, sie ersetzt sie nicht. Es ist die Aufgabe der Partei-
56 gremien einschließlich des Parteivorstandes, eine solche
57 Strategie zu erarbeiten. Die Strategiebildung setzt voraus,
58 dass sich die Partei über ihre politischen Ziele - eine "Visi-
59 on" jenseits von kleinteiligen „Regierungsprogrammen“ -
60 einigt. Der Parteivorstand muss diesen Prozess leiten und
61 moderieren.

62

63 **4. Verantwortung für die gesamte Gesellschaft und Mut** 64 **zur Klientelpolitik**

65 Die SPD übernimmt Verantwortung für die gesamte Ge-
66 sellschaft und ist von ihren Mitgliedern getragene Volks-
67 partei. Verantwortung für die gesamte Gesellschaft zu
68 übernehmen, bedeutet die Zielgruppenfrage – d.h. die
69 Frage nach der eigenen Kernklientel („Für wen macht
70 die SPD Politik?“) klar zu beantworten: Selbstverständlich
71 machen wir Sozialdemokrat*innen Klientelpolitik. Und
72 zwar in erster Linie für Arbeitnehmer*innen, Arbeitslos,
73 Selbstständige, die Nicht-Privilegierten in unserer Gesell-
74 schaft und weltweit.

75

76 **5. Schluss mit moralisierender Arroganz: gesellschaftliche** 77 **Realitäten anerkennen**

78 Auch wir selbst müssen wieder dialogfähiger werden. Vor-
79 aussetzung dafür ist auch, gesellschaftliche Realitäten an-
80 zuerkennen. Wir müssen uns klar machen, dass unsere ei-
81 gene Sicht der Dinge nur eine mögliche Perspektive auf
82 unsere gemeinsamen gesellschaftlichen Realitäten ist. Es
83 gibt viele Menschen in unserer Gesellschaft, die die Fol-
84 gen der Globalisierung und des entfesselten Kapitalis-
85 mus als existenzielle Bedrohung erleben und nicht auf
86 der „Gewinner-Seite“ im neoliberalen Wettbewerb ste-
87 hen. Wir müssen sie ernstnehmen und dürfen sie nicht
88 abqualifizieren. Um unsere liberale Gesellschaft erhalten
89 zu können, müssen wir unter dem Banner von „Freiheit,
90 Gerechtigkeit und Solidarität“ ein breites gesellschaftli-
91 ches Bündnis schmieden, das den Kampf für die Rechte
92 aller, gegen Diskriminierung und für soziale, wirtschaftli-
93 che und politische Gleichheit vereint. Dazu muss die SPD
94 eine glaubwürdige und inklusive Erzählung entwickeln,
95 die entlang bestehender Verteilungskämpfe anstelle von
96 bloßer Moral argumentiert. Gleichzeitig gilt: Als Antifa-
97 schist*innen stellen wir uns Nazis öffentlich und mit aller
98 Macht entgegen.

99

100 **6. Sozialdemokratie erschöpft sich nicht im Zeigen von** 101 **„Haltung“**

102 Unsere Haltung gegenüber denjenigen, die Freiheit, Ge-
103 rechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft die
104 Grundlage entziehen wollen, ist klar: Sie sind unsere Geg-

105 ner. Wir dürfen uns aber nicht darauf beschränken, unsere
106 „Haltung“ gegenüber Rechten – die eigentlich eine Selbst-
107 verständlichkeit ist – vor uns herzutragen und uns gegen-
108 seitig dafür zu beglückwünschen. Es ist unsere Pflicht, uns
109 nicht lediglich in einen geschützten und bequemen Raum
110 abzugrenzen, sondern die Grundlagen von Enttäuschung,
111 Wut, Hass und Fremdenfeindlichkeit offen und ehrlich zu
112 thematisieren und sozialdemokratische Lösungen zu for-
113 mulieren.

114

115 **7. Die liberale Gesellschaft schützen: sozio-ökonomische** 116 **Fragen stärker in den Mittelpunkt stellen**

117 Häufig wird ein Gegensatz zwischen liberaler Gesell-
118 schaftspolitik und einer materialistisch orientierten Ver-
119 teilungspolitik eröffnet. Das ist unnötig und kontrapro-
120 duktiv. Denn liberale Gesellschaftspolitik und das Stel-
121 len „harter“ ökonomischer und sozialer Verteilungsfra-
122 gen schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern gehö-
123 ren zusammen. Wir müssen uns aber klar machen, dass
124 das Vernachlässigen solcher Verteilungsfragen liberaler
125 Gesellschaftspolitik – die ein wesentlicher Teil sozialde-
126 mokratischer Politik ist – die Akzeptanzgrundlage zuneh-
127 mend entzieht. Die Flüchtlings- und Integrationspolitik
128 zeigt deutlich, dass liberale Gesellschaftspolitik, ökonomi-
129 sche und soziale Verteilungsfragen aufs engste miteinan-
130 der verknüpft sind. Wir dürfen weder so tun, als ob dies
131 nicht der Fall wäre, noch dürfen wir uns dazu verleiten
132 lassen, gesellschaftspolitisch „nach rechts“ zu rücken. Das
133 würde unserer Gesellschaft schaden und wäre ein Erfolg
134 der neuen Rechten. Aber wir müssen sozial- und wirt-
135 schaftspolitisch deutlich erkennbar „nach links“ rücken,
136 gerade um unsere liberale Gesellschaft zu schützen.

137

138 **8. Sozialdemokratischer Auftrag: Sicherheit im Wandel** 139 **schaffen**

140 Zunehmende Globalisierung und Ökonomisierung sowie
141 die Digitalisierung als mit der industriellen Revolution ver-
142 gleichbarer Strukturwandel setzen uns als Gesellschafts-
143 mitglieder unter Druck. Nicht alle haben gleich gute Mög-
144 lichkeiten zur Anpassung an den politisch rasant voran-
145 getriebenen Wandel, der uns als Gesellschaft großen Nut-
146 zen bringen kann - der aber individuell auf vielen Ebenen
147 auch als Bedrohung wahrgenommen wird und zu Veruns-
148 sicherung führt. Aufgabe der sozialdemokratischen Par-
149 tei als Fortschrittspartei ist es, diesen Wandel zum Woh-
150 le aller zu gestalten und den Menschen die Sicherheit zu
151 geben, die sie brauchen um positiv in die Zukunft blicken
152 zu können. Dazu gehört auch, anzuerkennen, dass der Na-
153 tionalstaat als Sozialstaat für die allermeisten Menschen
154 ein Schutzraum ist, auf den sie existentiell angewiesen
155 sind. So zu tun, als ob es heute kaum noch nationalstaat-
156 liche Gestaltungsmöglichkeiten gäbe oder den National-
157 staat als politisches Konstrukt – und damit diejenigen, die
158 auf ihn angewiesen sind – als „von vorgestern“ zu verhöhn-
159 en, verstärkt die bestehende Verunsicherung und das

160 Misstrauen gegenüber europäischer Integration und Glo-
161 balisierung. Das spielt letztlich denjenigen in die Hände,
162 die von einer ethnisch und kulturell homogenen Volksge-
163 meinschaft, Blut und Boden träumen. Nationalstaatlich
164 Grenzen müssen im Gegenteil immer weiter an Bedeu-
165 tung verlieren und entsprechend mehr politische Gestal-
166 tungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene liegen.

167

168 **9. Die Gesellschaft spalten, das tun auch wir**

169 Ein hartes Eingeständnis: Die Gesellschaft spalten, das
170 tun auch wir – nicht allein die neue Rechte. Zumindest
171 müssen wir anerkennen, dass die SPD ab Ende der 1990er
172 Jahre mit der Agenda-Politik ganz wesentlich dazu bei-
173 getragen hat, das Fundament für die heute bestehende
174 gesellschaftliche Spaltung – sozial, wirtschaftlich und po-
175 litisch – zu legen. Und nachdem auch SPD-Politiker*innen
176 über Jahre erklärt haben, dass „der Gürtel enger ge-
177 schnallt“ werden müsse, standen in der Wahrnehmung
178 vieler Menschen 2008 über Nacht Milliarden zur Rettung
179 der Spareinlagen und Banken zur Verfügung. 2015 wurden
180 erneut Milliardenbeträge für die Unterbringung und Inte-
181 gration von Flüchtlingen mobilisiert – das war richtig, ist
182 aber bei vielen Menschen auf tiefes Unverständnis gesto-
183 ßen. Das allgegenwärtige Sparmantra konnte demzufol-
184 ge plötzlich doch außer Kraft gesetzt werden – „für die da
185 oben“ und „für die anderen“. In diese europaweit auch von
186 sozialdemokratischen Parteien aufgerissene Lücke stößt
187 heute die neue Rechte. Wir werden die neue Rechte nur
188 dann besiegen und unsere liberale Gesellschaft und unse-
189 re Demokratie schützen können, wenn wir die Lücke wie-
190 der schließen. Das ist in Koalitionen mit den Konservati-
191 ven nicht möglich. Es hilft uns dabei auch nicht, uns an
192 den permanenten Provokationen und kalkulierten Grenz-
193 übertretungen von rechts abzuarbeiten. Stattdessen müs-
194 sen wir klären und erklären, mit welchem Ziel und für wen
195 wir Politik machen. Hier schließt sich der Kreis. Wir werden
196 den Kampf gegen rechts nicht gewinnen können, ohne ei-
197 ne eigene Strategie zu entwickeln.

198 Im 30. Jahr des Mauerfalls ist die Teilung Deutschlands zu-
199 dem immer noch spürbar. Die zentrale Fehannahme der
200 Kohl-Zeit, dass nur der Osten sich ändern müsse, anstatt
201 Respekt aus den Erfahrungen der Ost- und Westdeut-
202 schen ein gemeinsames Land zu formen, haben wir auch
203 nicht behoben. Deshalb betrachten wir die Vollendung der
204 deutschen Einheit als bleibenden Auftrag der deutschen
205 Sozialdemokratie.